

Für die Sitzung der Universitätsvertretung  
der Universität Wien, am 25. März 2022



## **Strukturelle Armutsbekämpfung statt Einmalzahlungen**

Seit Monaten und Jahren steigen die Lebenshaltungskosten für Studierende beständig an. Die größte Ausgabe für uns sind laut Studierendensozialerhebung die Wohnkosten, die 2019 durchschnittlich bei 442 € monatlich lagen. Zwischen 2009 und 2019 ist dieser Posten um ein Drittel der angestiegen, in Studierendenwohnheimen sehen wir im gleichen Zeitraum eine Preissteigerung von 50%. Trotz langjähriger Forderung verschiedener Hochschüler\_innenschaften reagiert die Bundesregierung nicht ausreichend. Im Gegenteil wurde die staatliche Studierendenheimförderung im Zuge eines Sparpakets 2008 einfach abgeschafft.

Auch wenn, wie angekündigt, die Makler\_innengebühren künftig tatsächlich von den Vermieter\_innen übernommen werden, schlagen Nebenkosten, Heiz- und Stromkosten ebenfalls kräftig zu Buche. Schon vor den russischen Kriegshandlungen in der Ukraine war klar, dass die Energiepreise durch die Decke gehen werden. Den Preis für geopolitische Machtdemonstrationen müssen in Folge vor allem diejenigen zahlen, die es sich nicht leisten können, ein Haus mit Photovoltaik-Anlage zu besitzen.

Der Regierung scheint zwar bewusst zu sein, dass sie es nicht zulassen können, dass Studierende, Familien, Pensionist\_innen und Kinder bald in kalten Wohnungen den Frühling abwarten müssen, verabsäumt jedoch wieder einmal, die Probleme tatsächlich an der Wurzel zu packen. Statt von Russland, den USA oder Saudi-Arabien unabhängiger Energiepolitik, radikalem Umbau der Energieversorgung durch Druck auf Vermieter\_innen und Eigentümer\_innen oder tatsächlich sozial nachhaltige Sozialpolitik, präsentierten sie Ende Jänner 2022 einmalige Bonuszahlung von 150 € für jeden Haushalt. Leider hat auch die Stadt Wien keine bessere Antwort gefunden, als eine Einmalzahlung anzukündigen, bei der die Umsetzung noch nicht gesichert ist.

Es ist klar: Einmalzahlungen können nie die Lösung für sozialpolitische Fragestellungen sein. Diese Zahlungen lösen kein Problem, sondern versuchen bloß Probleme wegzuschieben und sich scheinheilig auf die Schulter klopfen zu können. Ohne wirkliche, materielle Veränderungen für die von Teuerungen betroffenen Menschen. Es braucht radikale und tiefgreifende Lösungen statt

## **Die erste ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien im Sommersemester 2022 möge beschließen:**

- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien setzt sich für den Ausbau der Studierendenwohnheime ein
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien fordert die Wiedereinführung der staatlichen Heimförderung
- die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien setzt sich für die Erhöhung des Heizkostenzuschusses für Studierende und Personen mit niedrigem Einkommen ein
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien setzt sich dafür ein, dass die Kosten für die CO<sub>2</sub>-Bepreisung die Vermieter\_innen tragen und nicht die Mieter\_innen
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien setzt sich dafür ein, dass staatliche Beihilfen für Studierende ein Leben über der Armutsgrenze sichern
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien setzt sich für eine Mietzinsobergrenze und Leerstandsabgabe ein
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien setzt sich für den erleichterten Zugang von Studierenden zum kommunalen Wohnbau ein
- Der Vorsitz setzt sich gegenüber dem Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, Peter Hanke, sowie den Wiener Linien, dafür ein, dass das Semesterticket im Sommersemester 2022 bis zum 31. Jänner 2023 gelten soll.
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien spricht sich für den Ausbau der Heimplätze von gemeinnützigen Träger\_innen aus und vertritt diese Forderung öffentlichkeitswirksam gegenüber den in Wien tätigen gemeinnützigen Heimträger\_innen, insbesondere der base - home for students GmbH.
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien spricht sich gegen die Erhöhung von Mietpreisen in Studierendenwohnheimen aus und das Vorsitzteam vertritt diese Forderung gegenüber den in Wien tätigen gemeinnützigen Heimträger\_innen, insbesondere der base - home for students GmbH.
- Die Hochschüler\_innenschaft an der Universität Wien spricht sich für die Wiedereinführung der Studierenden-Aktion des Wiener Wohntickets aus. Dabei sollen Studierende, die mindestens ein Jahr in einem Wiener Studierendenwohnheim wohnen, an einer Wiener Universität inskribiert sind, ein Einkommen unter der geltenden Einkommensgrenze für eine Gemeindewohnung haben und das Wohnticket beantragen, eine Wohnung von Wiener Wohnen vorgeschlagen bekommen. Das Vorsitzteam tritt mit dieser Forderung an die Stadträtin für Frauen, Wohnen, Wohnbau und Stadtentwicklung, Katrin Gaál, heran und kommuniziert diese gemeinsam mit dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit via Social Media und ÖH Uni Wien Website.

Studierendensozialerhebung 2019

<https://kurier.at/politik/inland/600-prozent-teurer-regierung-beraet-bei-gipfel-ueber-hohe-gaspreise/401886542>